

Gebäudesanierungen

Zentralschweizer Politiker lancieren nationale Energie-Eingreiftruppe

Hohe Energiepreise und Handlungsbedarf bei der Umweltpolitik: Nun wollen Parlamentarier aus der Region Gebäudesanierungen forcieren.

VON JÜRIG AUF DER MAUR

Was für schwer vermittelbare Schulabgänger erfolgreich umgesetzt ist, soll nun auch der Klimapolitik weiterhelfen: Eine nationale Eingreiftruppe soll mehr Hauseigentümer für eine umfassende Gebäudesanierung gewinnen. «Wir müssen handeln, die Zeit drängt», sagt der Luzerner FDP-Unternehmer Otto Ineichen und legt ein entsprechendes Konzept vor.

Pensionierte als Türöffner

Die Idee: Energieberater sollen künftig aktiv auf Wohneigentümer zugehen, und diesen zeigen, wie sie ihre Gebäude auf Energieeffizienz trimmen können und wie sie am schnellsten zu Fördergeldern kommen.

Noch bis Ende Oktober möchte Otto Ineichen, ähnlich wie beim Stellenvermittlungsjahr 2007, 150 so genannte «Türöffner» rekrutieren. Diese sollen sich dann auf die Suche nach sanierungswilligen Hauseigentümern machen. Im Vordergrund stehen für den Luzerner FDP-Nationalrat dabei pensionierte Heizungsmeister, Gebäudetechniker oder Kaminfeger. «Die Türöffner sollen die Arbeiten der kantonalen Energiefach- und -beratungsstellen ergänzen, nicht ersetzen», heisst es in dem Konzept, das unserer Zeitung vorliegt.

Es winkt Geld

Die Beratung soll umfassend sein und nicht nur das Sparpotenzial für das einzelne Gebäude und die Ökobilanz aufzeigen, sondern auch Angaben zu den Investitionskosten und voraussichtlichen Förderbeiträgen beinhalten. Nicht zuletzt sollen diese Energieberater auch helfend zur Seite stehen, wenn es darum geht, die komplizierten Baueingaben und Gesuche zu stellen.

Ein Anreizsystem soll nicht nur potenziellen Energieberatern auf die Sprünge helfen, sondern dazu führen, dass tatsächlich mehr saniert wird.

Der Einsatz der Energietruppe wäre nicht um Gottes Segen: «Wenn es zu einer Sanierung kommt, soll der Türöffner eine Entschädigung von 300 bis 800 Franken erhalten», sagt Ineichen.

Breiter Rückhalt

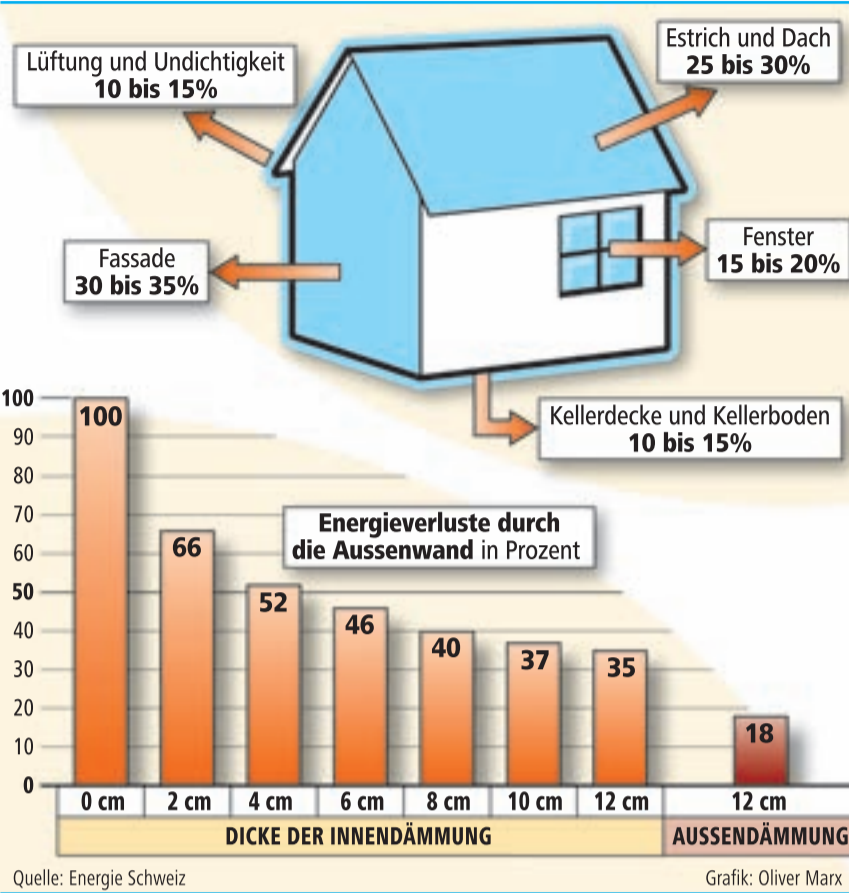
Otto Ineichens Idee erhält breiten Sukturs – nicht zuletzt dank der von ihm Mitte Jahr ins Leben gerufenen «Allianz energetische Gebäudesanierung – jetzt!». In dieser Gruppe haben sich aus allen fünf grossen politischen Parteien je zwei Parlamentarier zusammengefunden, die in ihren Kreisen dafür sorgen wollen, dass es mit energieeffizienten Lösungen endlich vorwärtsgeht. Aus der Zentralschweiz arbeiten so Seite an Seite – neben Initiator Otto Ineichen – der Grüne Luzerner Louis Schelbert sowie die beiden CVP-Parlamentarier Ruedi Lustenberger (Luzern) und Hansheiri Inderkum (Uri). An Bord ist auch der Obwaldner FDP-Ständerat Hans Hess, sodass in der zehnköpfigen Allianz nicht weniger als fünf Zentralschweizer Parlamentarier mitmachen.

250 Lehrstellen retten

Louis Schelbert ist begeistert: «Seit rund 30 Jahren setze ich mich zusammen mit den Grünen für energieeffiziente Gebäudesanierungen ein, jetzt haben wir die Chance, dass wir dies verwirklichen können.» Auch Ruedi Lustenberger betont, dass das grösste CO₂-Einsparpotenzial in der Schweiz im Gebäudebereich liegt. Als Präsident des Schreinermeisterverbandes setzt er sich für ein nationales Gebäudesanierungsprogramm ein, weil er sich gerade in der jetzt abschwächenden Konjunkturphase wichtige Impulse für das Bauhaupt- und Nebengewerbe erhofft.

Das ist auch für Initiator Otto Ineichen ein schöner Nebeneffekt des Programms: Er jedenfalls geht davon aus,

ENERGIEVERLUSTE



Quelle: Energie Schweiz

Grafik: Oliver Marx

In einem schlecht isolierten Haus verschwinden grosse Mengen von Energie durch Fassade, Fenster oder Dach. Dies kann bei einem Einfamilienhaus bis zu 3000 Liter Heizöl im Jahr ausmachen.

dass mit einem solchen Sanierungsprogramm schweizweit allein 200 bis 250 Lehrstellen gerettet werden könnten, die sonst brotlos wären.

Lob von Leuthard

Der energiepolitische Vortoss von Politik und Wirtschaft über sämtliche Parteigrenzen hinweg stösst auch bei Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard auf gute Resonanz. «Es ist grundsätzlich positiv, wenn Private und Wirtschaft die Initiative ergreifen und energetische Sanierungen selber vornehmen oder vorantreiben», lobt die CVP-Bundesrätin gegenüber unserer Zeitung. Ein solches Vorgehen führe nämlich in der Regel «schneller, konkreter und den Bedürfnissen der Hauseigentümer entsprechend zum Erfolg».

Das Potenzial zum Energiesparen ist im Gebäudebereich in der Tat gross. Fachleute gehen davon aus, dass rund 45 Prozent der in der Schweiz verbrauchten Energie hier verwendet wird. Gebäudesanierungen wären damit auch ein grosser Beitrag zur Erreichung der CO₂-Ziele.

NACHGEFRAGT



bei Hans-Peter Fricker, CEO WWF Schweiz

«Die Bauherren erhalten Sicherheit»

Der WWF unterstützt das Konzept «Türöffner» der Parlamentariergruppe rund um den Luzerner FDP-Nationalrat Otto Ineichen. Wie die Zusammenarbeit aussehen soll, werde derzeit abgeklärt, sagt Hans-Peter Fricker, CEO WWF Schweiz.

Weshalb unterstützt der WWF das «Türöffner-Konzept»?

Hans-Peter Fricker: Viele Hausbesitzer vernachlässigen heute die energetische Sanierung, weil sie Angst vor einer «Grossbaustelle» haben oder weil sie gar nicht wissen, wie viel Geld sie sparen können oder wie viel Komfortgewinn damit verbunden ist. Die Begleitung durch Energiecoaches oder «Türöffner» schafft Klarheit und gibt Bauherren die nötige Sicherheit. Es gibt in Basel-Stadt oder Luzern

der sich auch die Schweiz in der Kiotovereinbarung verpflichtet hat. Gerade da aber läuft heute längst nicht alles optimal: Eine von Otto Ineichen durchgeführte Umfrage zeigt, dass zwar fast die Hälfte der befragten 150 Hausbesitzer in den letzten zwei Jahren ihre Heizungen saniert, dass aber bei drei Fünfteln nicht gleichzeitig eine Energieoptimierung vorgenommen wurde. Bei jährlich 40 000 Heizungssanierungen sind das, so Ineichen, immerhin rund 24 000 Heizungssanierungen, «wo die Chance zur Energieoptimierung verpasst wird.»

Kritik an Gesuchen

Neben einem grossen Informationsdefizit ort Ineichen als weiteren Hintergrund die komplizierten Verfahren, die viele Hausbesitzer vor energetischen Sanierungen abschrecken. «Der bürokratische Aufwand ist zu gross. Fast jeder Kanton verfügt über andere Wege und Formulare», sagt Ineichen und ist sich damit mit Ansgar Gmür, Direktor des Hauseigentümerverbandes, einig. Dieser kritisierte Anfang Woche im «Kassensturz» die zurückhaltende Politik der Stiftung Klimarappen. Gemäss Gmür sind die Formu-

lamente bereits kantonale Angebote dieser Art, die sich bewährt haben.

Wird der WWF auch Berater stellen?

Fricker: Der WWF wird selber keine eigenen Energieberater anbieten können. Aber wir werden mithilfe der Liste der Energieberater zu erweitern und bekannt zu machen.

Aber er wird als Sponsor auftreten. Wie sieht die Zusammenarbeit aus?

Fricker: Wir sind zurzeit daran, die Modalitäten der Zusammenarbeit zu klären. Unser Ziel ist auf jeden Fall die rasche Verbreitung des Konzepts, und zwar auf einem qualitativ guten Niveau.

Im Parlament wird über die CO₂-Abgabe, den Klimarappen oder eine Teilzweckbindung geredet. Was will eigentlich der WWF?

Fricker: Primäres Ziel ist für uns ein Paket, welches neue steuerliche Anreize mit einem Gebäudesanierungsprogramm kombiniert, welches neben finanziellen Beiträgen auch eine Weiterbildungsoffensive enthalten muss, denn es gibt noch viel zu wenig unabhängige Energieberater. Gerade da ist noch viel zu tun. Unser Ziel ist es, die Zahl der energetischen Gebäudesanierungen zu vervielfachen.

Wie soll das erreicht werden?

lamente nicht nur zu kompliziert, die Stiftung Klimarappen lehne auch zu viele Anfragen ab.

Aufträge für eine halbe Milliarde

Mit dem Projekt «Türöffner» soll sich das nun ändern. Otto Ineichen geht davon aus, dass bis Ende 2009 insgesamt 5000 zusätzliche energetische Gebäudesanierungen ausgeführt würden, womit ein Auftragsvolumen von 200 bis 500 Millionen Franken ausgelöst werden könnte. Bei 5000 Sanierungen würden sich die Kosten für die «Türöffner» auf 2,5 bis 3 Millionen Franken belaufen. Diese sollen je zur Hälfte durch die öffentliche Hand und die Wirtschaft – in Form von Sponsoren – bezahlt werden. Für die Kantone und das Bundesamt für Energie sowie die Wirtschaft käme das Projekt also auf je 1,25 bis 1,5 Millionen Franken zu stehen. Gleichzeitig erwartet die «Allianz», dass die Kantone gewillt sind, die «Verfahren zum Erhalt von Förderbeiträgen zu harmonisieren und zu straffen».

Erste Erfolge

Hintergrund sind die Debatten um die Klimapolitik der Schweiz. Die zehnköpfige Allianz von Umweltpolitikern ist sich einig, dass die heute zur Verfügung stehenden Steuerungsinstrumente nicht ausreichen. Seit Januar 2008 wird neu auf Brennstoffe eine CO₂-Abgabe erhoben, die in einer ersten Phase jährlich rund 200 Millionen Franken einbringen soll. Ab 2011 soll sie dann 600 Millionen Franken generieren. Die Gelder sollen über die AHV-Beiträge zum Teil an die Unternehmen zurück-erstattet werden oder via Krankenkassenprämien Privatpersonen zugute kommen. Derzeit wären das etwa 15 Franken pro Jahr.

Mehr Geld für Sanierungen

Die Rückerstattung macht für immer weniger Parlamentarier Sinn, die Akzeptanz für eine Teilzweckbindung steigt. Ziel: Mindestens ein Drittel der Einnahmen (200 Millionen Franken) sollen für energetische Gebäudesanierungen verwendet werden. «Wir brauchen ein

nationales Gebäudesanierungsprogramm. Ob das durch den Klimarappen oder durch eine teilzweckgebundene CO₂-Abgabe auf Brennstoffe finanziert wird, ist mir egal», sagt der Luzerner Ruedi Lustenberger. Auch der Grüne Louis Schelbert zeigt sich offen: Noch liebäugelt seine Fraktion zwar mit der CO₂-Rückerstattung. Gespräche zeigten ihm aber, dass sich auch die Grünen für eine Teilzweckbindung erwärmen könnten. Diese sei, so Schelbert, «der Schlüssel, damit es in der Politik zu wirklichen Erfolgen kommen kann».

Fricker: Bund und Kantone müssen den Bauherren finanzielle Anreize bieten. Um die dafür notwendigen Mittel zu bekommen, bietet sich einfachheitshalber eine Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe an. Uns ist aber klar, dass auch die CO₂-Abgabe nach 2010 erhöht werden muss.

Weshalb?

Fricker: Weil nur so sich die vom Bund gesetzten CO₂-Reduktionsziele erreichen lassen. Dies ermöglicht es dann auch, deutlich zwischen Lenkungs- und Förderabgabe zu unterscheiden.

Hauseigentümer kritisieren die Stiftung Klimarappen. Die Gesuche seien zu kompliziert, das Geld fliesse nur zögerlich.

Fricker: Es ist in der Tat ungeschön, dass die Stiftung Klimarappen den Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen nicht ebenfalls subventioniert. Der vom Parlament abgelehnte obligatorische Gebäudeausweis wäre eine Chance gewesen, dass Hauseigentümer automatisch über Sanierungsmöglichkeiten aufgeklärt worden wären. Nun muss ein anderer Weg gesucht werden, um genau das zu erreichen.

JÜRIG AUF DER MAUR



Schöne Aussichten: Wer sein Haus energetisch saniert, kann viel Strom sparen und auf Fördergelder zählen.

STÄNDERAT

Sanierungen sollen sich auch steuerlich positiv auswirken

Energetische Gebäudesanierungen werden auch Thema in der Herbstsession des Ständerates sein, welche am Montag beginnt. Im Rahmen einer von Nationalrat Philipp Müller (FDP, Aargau) eingereichten parlamentarischen Initiative, beantragt die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates, die so genannte Dumont-Praxis abzuschaffen.

Sanierung wird aufgeschoben

Nach dieser Rechtsprechung des Bundesgerichts können private Käufer einer Alliegenschaft Sanierungskosten in den ersten fünf Jahren nach Erwerb nicht vollständig von den Steuern abziehen, wenn sie die Liegenschaft in einem vernachlässigten Zustand übernommen haben. Dadurch würden notwendige Gebäudesanierungen aus steuerlichen Gründen auf die lange Bank geschoben, kritisiert SVP-Nationalrat Jean-François Rime (Freiburg). Mit einer Annahme der Initiative könnte die Steuerpraxis vereinfacht und auf Bundes- und Kantonebene vereinheitlicht werden.

Der Nationalrat hatte in der Frühjahrssession die Änderung mit 127 zu 56 Stimmen gutgeheissen.

Weitere Anreize schaffen

In eine ähnliche Richtung zielt auch die Motion von FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger, über die der Ständerat in dieser Herbstsession ebenfalls befinden wird. Der Hintergrund: Wer bei der Renovation oder beim Umbau seiner Liegenschaft Energie spart oder die Umwelt schützt, kann nach geltendem Gesetz die Kosten dafür bei der direkten Bundessteuer abziehen. Leu-



FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger. KEYSTONE

tenegger verlangt nun in einer Motion, dass diese Abzüge nicht nur im Jahre der Investition gelten gemacht werden können, sondern verteilt über mehrere Jahre.

Damit will der Zürcher FDP-Nationalrat verhindern, dass aus steuerlichen Gründen nur kleine Sanierungsarbeiten ausgeführt und dafür eine sinnvolle energetische Gesamtsanierung vermieden wird. Der Bundesrat befürchtet, dass durch eine solche Regelung das Steuerrecht weiter komplizierter wird.

Der Nationalrat hatte der Motion in der Herbstsession im vergangenen Jahr mit 132 zu 47 Stimmen zugestimmt.

DOMINIK BUHOLZER

SERVICE

Wer sein Haus saniert, kann auf Fördergelder zählen

Wer sein Haus energetisch saniert, kann viel Strom sparen. Er kann aber auch auf Unterstützungsbeiträge zählen – allen voran von der Stiftung Klimarappen. Noch bis Ende 2009 können Gesuche eingereicht werden. 3000 Bauprojekte hat die Stiftung bereits lanciert, 1000 davon sind bereits abgeschlossen. Weitere Informationen gibt es unter der Telefonnummer 0840 220 220.

Die kantonalen Programme

Daneben gibt es zahlreiche kantonale und kommunale Förderprogramme. In der Zentralschweiz präsentiert sich die Situation wie folgt:

● **Luzern:** Der Kanton gewährt bis 2016 für vorbildlich erneuerte Bauten und für die Installation von Solaranlagen für Warmwasser bei bestehenden Wohnhäusern Beiträge. Die Stadt Luzern bietet noch bis Ende Jahr gratis ein Energiecoaching an. Daneben kennen verschiedene Gemeinde ebenfalls Förderprogramme: Entlebuch, Escholzmatt, Flühl, Hochdorf, Horw, Meggen, Schenkon, Schüpfheim, Sempan und Sursee. Informationen gibt es bei der Energieberatung (Telefon: 041 412 32 32).

● **Nidwalden:** Der Kanton unterstützt neu die energetische Sanierung von Wohnhäusern, dafür gibt es kein Geld mehr für Neubauten im Minergie-Standard. Beiträge gibt es auch für Solaranlagen. Informationen gibt es bei der Energiefachstelle (Telefon: 041 618 40 54).

● **Obwalden:** Der Kanton gewährt bislang keine Förderbeiträge. Dies soll sich ändern. Wie Francoise Ellenberger vom Hoch- und Tiefbaumat erklärt, will die Regierung im Oktober ein Energiekonzept in die Vernehmlassung schicken, das auch ein Förderprogramm für Gebäudesanierungen umfasst.

● **Schwyz:** Auch der Kanton Schwyz spricht derzeit keine Förderbeiträge. Laut Beat Voser von der Energiefachstelle laufen aber Bestrebungen, dies zu ändern. Eine entsprechende Vorlage will die Regierung diesen Herbst in die Vernehmlassung schicken. Ein eigenes Förderprogramm hat das Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz auf die Beine gestellt. Unterstützt werden unter anderem Solaranlagen, Fotovoltaikanlagen. Die Förderobjekte müssen aber im Verteilgebiet des Werks liegen. Informationen gibt es bei der Energiefachstelle (Telefon: 041 817 70 45).

● **Uri:** Der Kanton Uri unterstützt finanziell Neubauten und Sanierungen nach dem Minergie-Standard. Umfassende Sanierungen der Gebäudehülle werden auch gefördert, wenn bestimmte Grenzwerte erfüllt werden. Ebenfalls unterstützt wird der Ersatz von bestehenden Heizungen durch eine Wärmepumpe sowie die Installation einer Sonnenkollektoranlage. Informationen gibt es beim Amt für Energie Uri (Telefon: 041 875 26 03).

● **Zug:** Der Rahmenkredit des Kantons ist ausgeschöpft. Es werden deshalb keine Beiträge mehr zugesichert. Aber gut die Hälfte aller Gemeinden spricht noch Geld. Es sind dies Hünenberg, Cham, Steinhausen, Unterägeri, Baar und die Stadt Zug. Informationen gibt es bei der Energieberatung Zug (Telefon: 041 728 23 82).

Weitere Informationen gibt es zudem unter www.energieallianz.ch, www.bau-schlau.ch oder www.energie-zentralschweiz.ch.

DOMINIK BUHOLZER



Bonus: Die Links zu den einzelnen Beratungsstellen sowie zu weiterführenden Websites gibt es unter www.zisch.ch/bonus

GETTY